

# Achtung, Denkfallen!

NZZ, 7.10.2015

Gastkommentar

von REINER EICHENBERGER  
und FLORENCE STEMPFEL

Zur Bildungspolitik hört man seit einiger Zeit – auch in der NZZ – immer wieder Folgendes: Die Akademisierung sei übertrieben und gehöre zurückgedrängt; die Maturaquote solle wenigstens in den Kantonen mit hohen Quoten gesenkt werden, und die Studierenden sollten vermehrt in die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gelenkt werden, deren Absolventen in der Wirtschaft besonders gesucht seien. Die dafür vorgebrachten Argumente sind aber schwach.

Auf den ersten Blick unterstützt auch unsere statistische Auswertung der schweizerischen Absolventenbefragung die These «Harte Selektion bringt Qualität»: Mit steigender Maturaquote erzielen die Studierenden tiefere Universitätsabschlussnoten und tiefere erste Bruttolöhne, wohingegen die Studiendauer unberührt bleibt – natürlich jeweils kontrolliert für Faktoren wie Studienrichtung, Geschlecht, Alter, Ausbildung der Eltern usw. Das ist aber trivial: Wenn mehr und damit wohl auch manche schwächere Schüler bis zur Uni gelangen, muss die durchschnittliche Leistung sinken.

Viel wichtiger ist jedoch, wie die Maturaquote die Qualität gegebener Studierender, also etwa der besten 5 Prozent eines Jahrgangs, beeinflusst. Bei dieser Betrachtung dreht sich in unserer Analyse das Ergebnis vollständig um: Eine höhere Maturaquote führt dann zu höheren Studienabschlussnoten und Löhnen sowie zu kürzerer Studiendauer. Offensichtlich eliminieren also die verwendeten Selektionsmechanismen auch viele fähige Junge. Der stereotype Ruf nach Förderung der MINT-Fächer basiert gleich auf mehreren Irrtümern:

Erstens sind die MINT-Studierenden wenigstens in der Schweiz nicht knapp. Sonst müssten ihre Löhne höher als in anderen Fächern sein. Tatsächlich aber sind sie gemäss neuen Analysen der Freiburger Ökonomen Marius Osterfeld und Volker Grossmann tiefer als diejenigen der Nicht-MINT-Abgänger.

Zweitens kostet die Ausbildung eines MINT-Studierenden den Steuerzahler viel mehr als diejenige anderer Studierender – ausser Medizinern.

Drittens arbeiten auch viele MINT-Studierende später nicht im Bereich ihres Studienfachs. Das dürfte vor allem für diejenigen gelten, die mit Vorschriften und Anreizen in ein Fach gedrängt wurden.

Viertens veraltet das Fachwissen aus MINT-Studiengängen besonders schnell. Deshalb sind MINT-Fächer für Frauen und Männer, die an eine längere Babypause denken, wenig attraktiv.

Fünftens macht die Globalisierung MINT-Fächer für Schweizer Studierende noch unattraktiver. Weil MINT-Wissen weit weniger landesspezifisch als rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Wissen ist, kann es durch Zuwanderung leichter importiert werden, und die Löhne und die Arbeitsbedingungen stehen erst recht unter Druck des internationalen Wettbewerbs.

Sechstens schliesslich gibt es ja vielleicht tatsächlich manche Studierende in den Geisteswissenschaften, die schlechte Berufsaussichten haben. Das liegt aber oft weniger an der Studienrichtung als vielmehr an den betreffenden Studierenden. Begabte Studierende haben in den Geisteswissenschaften hervorragende Karrierechancen. Wenn man aber einen wenig begabten potenziellen Geisteswissenschaftler in die MINT-Fächer lockt, wird daraus selten ein erfolgreicher MINTler. Vielmehr dürften einfach die Kosten für die Gesellschaft steigen.

Ein gewichtiger Teil der Kritik an der universitären Ausbildung beruht auf der Vermutung, sie sei teuer. Dabei wird aber viel zu wenig vergleichend argumentiert. Als Alternative wird ja kaum gemeint sein, dass die Jugendlichen nur eine Berufslehre absolvieren. Vielmehr wird überall nach tertiärer Bildung durch Fachhochschulen und höhere Berufsschulen gerufen. Tatsächlich aber sind die Kosten universitärer Ausbildungen zu meist deutlich tiefer als diejenigen vergleichbarer Fachhochschul- und Berufsschulbildungen, insbesondere weil das Betreuungsverhältnis an Universitäten viel tiefer ist und die Ausbildung zu einem wichtigen Teil durch Assistenten stattfindet, die wesentlich schlechter bezahlt werden als Fachhochschul- und Berufsschuldozenten.

Was also tun? Wie immer gilt es, die ökonomischen Grundregeln zu beachten. Nicht staatliche Planung bringt Wohlfahrt, sondern Kostenwahrheit (die Studierenden sollten einen fairen Teil der je nach Studienrichtung sehr unterschiedlich hohen Ausbildungskosten übernehmen), möglichst wenig verzerrende Subventionen (z. B. möglichst gleiche Förderung von universitärer und nichtuniversitärer Bildung im In- und Ausland) und bessere Leistungsanreize für Lehrende und Lernende (dazu hätten wir gerne mehr gesagt). Als Begleitmassnahmen sollte ein leistungsfähiger Markt für zinsgünstige Ausbildungskredite geschaffen und sollten besonders guten Studierenden grosszügig Leistungsstipendien ausgerichtet werden. So würde unser Bildungssystem zugleich besser und billiger.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management and the Arts); Florence Stempfel hat einen B. A. in Volkswirtschaftslehre und ist M.-A.-Studentin an der Universität Freiburg.